

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1859

7.8.1859 (No. 193)

Karlsruher Zeitung.

Sonntag, 7. August.

N. 193.

Vorauszahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 kr. und 2 fl. 8 kr.
Einkaufsgeld: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrich-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1859.

Alle Postexpeditionen nehmen Bestellung an auf die Monate August und September der Karlsruher Zeitung. Der Abonnirungspreis für beide Monate zusammen beträgt in den Orten des Landpost-Bezirks Karlsruhe 1 fl. 23 kr., in allen andern Orten des Großherzogthums 1 fl. 35 kr., für welche Beträge die einzelnen Nummern den Herren Abonnenten vollständig franco zugestellt werden.

Telegramm.

Δ Zürich, Samstag 6. Aug. Vor dem „Hotel Baur“ ist eine Ehrenwache aufgestellt. Der sardinische Bevollmächtigte, Hr. Desambrois, ist angekommen und wurde von der Regierung begrüßt. Nächsten Montag wird die erste Sitzung abgehalten werden. In dem Konferenzlokal befindet sich ein eigenes Telegraphenbureau.

† Zur deutschen Frage.

V.

Wenn nun also weder das sog. kleindeutsche, noch das großdeutsche Bundesreform-Projekt ausführbar erscheint, bleibt denn da noch etwas Anderes übrig, und wenn ja, was?

Wir haben wiederholt bemerkt, daß das Verlangen nach einer, das Bedürfnis der Gesamtheit befriedigenden Bundesreform darauf hinausläuft, daß der 1815 gegründete Staatenbund in einen entsprechend organisirten Bundesstaat umgewandelt werde. Wie müßte eine solche Organisation beschaffen sein, wenn sie möglichst vollkommen sein soll?

Es gibt zwei Konföderationen, welche wirkliche Bundesstaaten bilden: die Schweiz und die vereinigten Staaten von Nordamerika, deren Organisation jedoch schon deshalb nicht geradezu zum Vorbild dienen kann, weil beide auf republikanischer Grundlage ruhen, abgesehen von andern großen Verschiedenheiten in den maßgebenden Verhältnissen. Indessen gibt es doch auch Analogien, aus denen immerhin einige der wesentlichsten Merkmale für den Begriff einer bundesstaatlichen Organisation an sich abgeleitet werden können. Sehen wir ein wenig zu, wie beide Bundesstaaten organisiert sind, lassen wir jedoch alles überflüssige Detail bei Seite.

An der Spitze der Vereinigten Staaten steht gleichsam als Regent ein Präsident, der wie in der konstitutionellen Monarchie sein Ministerium ernannt. Dazu kommt ein Parlament, welches aus zwei Häusern besteht, dem Senat, welcher die einzelnen Bundesstaaten als solche repräsentirt, und aus dem Repräsentantenhaus, welches das Volk vertritt. An der Spitze der schweizerischen Eidgenossenschaft steht ein Fünferkollegium (Bundesrath), welches Regent und zugleich Bundesministerium ist, und von welchem ein Mitglied das Bundespräsidium führt. Diese Bundesbehörde geht hervor und ruht auf einem Parlament, welches ebenfalls aus zwei Häusern besteht, der Vertretung der einzelnen Bundesglieder, Kantone (Ständerath), und der Vertretung des Volks (Nationalrath). Hier wie dort ist die oberste Gewalt in der Hand der Bundesregierung, welcher die Regierungen sämtlicher einzelnen Bundesstaaten (Bundesmitglieder) in Bundesangelegenheiten untergeordnet sind, was natürlich nur dadurch möglich ist, daß die Souveränität der letztern so weit eingeschränkt ist, als das gemeinsame Bundesinteresse Solches erheischt. Der Bundesregierung ist sonach die Ausübung der Souveränität des Bundes als solchen übertragen; sie hat das Recht des Kriegs und Friedens, sowie der Verträge mit den auswärtigen Staaten, sie vertritt den Bund im Ausland durch ihre Agenten und umgekehrt läßt sich das Ausland durch seine Agenten bei ihr vertreten, sie verfügt über die militärischen Streitkräfte des Bundes und gibt ihnen ihre Führer, sie hat ihre eigenen Bundesfinanzen, sie beruft und löst das Parlament auf und verhandelt mit ihm; im Uebrigen unterliegt ihre ganze Verwaltung der Kontrolle des Parlaments.

Wie gesagt, die gleiche Organisation ist schon der republikanischen Anlage wegen, die hier maßgebend ist, auf den Deutschen Bund, der auf monarchischer Grundlage ruht und ruhen muß, nicht anwendbar. Aber die Monarchie ist in Deutschland nahezu mit der einzigen Ausnahme von Oesterreich eine konstitutionelle. Sehen wir daher an die Stelle des republikanischen Elements das konstitutionell-monarchische und beschränken wir die ausgedehnten republikanischen Befugnisse des Parlaments auf die konstitutionellen, so kommen wir auf die Idee eines konstitutionellen Bundesstaates, der in Wahrheit das Interesse der nationalen Einheit mit dem der parlamentarischen Vielheit der Bundesmitglieder und das Recht der Monarchie mit dem der Nation harmonisch ausgleichen würde; er würde dem Ganzen innere Ordnung und Lebendigkeit verleihen und es nach außen als eine in sich abgeschlossene, mit einheitlicher Aktion ausgestattete Macht hinstellen. Dies wäre eine durchgreifende, wahrhaft umgestaltende Bundesreform, die allen gerechten Ansprüchen der deutschen Nation genügen würde.

Aber ist sie auch ausführbar? Betrachten wir die Sache ein wenig näher.

Die Hauptschwierigkeit, die sich bisher allen Bundesreform-Bestrebungen entgegenstellt hat, betraf die Bildung der

Spitze der Bundesorganisation. In einem konstitutionellen Bundesstaat müßte sie alle diejenigen Attribute der Souveränität haben, die wir oben kennen gelernt haben, und zu dem Behufe müßten sämtliche einzelne Mitglieder des Bundes derselben untergeordnet sein, und daher so viel von ihren Souveränitätsrechten abtreten, als erforderlich ist, um die Zentralgewalt in Bundesangelegenheiten souverän hinzustellen. Dazu müßten sich natürlich auch die Großmächte Oesterreich und Preußen für ihre Bundesterritorien verpflichten. Werden sie aber je dazu geneigt sein? Werden sie für ihr Bundesgebiet je einer höhern Macht sich unterwerfen wollen? Werden sie Lust haben, auch nur ein Jota von ihren Souveränitätsrechten aufzugeben und — was doch unerlässlich wäre — ihre Aktion als europäische Großmächte durch die Bundesregierung und durch das Bundesparlament mitbestimmen zu lassen?

Freilich, in einem Fall würde sich wohl jede der beiden Großmächte einzeln für sich dazu verstehen: Preußen, wenn man ihm allein die Bundesgewalt in die Hand geben wollte, und ebenso Oesterreich. Aber da hätten wir eben das kleindeutsche und das großdeutsche Projekt, von denen wir schon wissen, daß eben so wenig das eine als das andere ausführbar ist. Damit ist zugleich auch die Unmöglichkeit eines konstitutionellen Bundesstaates mit einheitlicher Spitze nachgewiesen.

Wollte man die Schwierigkeiten dadurch bei Seite schieben, daß man Oesterreich und Preußen an die Spitze stellen würde, sei es mit gleichzeitiger oder mit alternirender Funktion, so hätte man nach wie vor den Dualismus und mit ihm den sich gegenständig reibenden Antagonismus, wenn auch in anderer Form sich äußernd. Außerdem wäre das Recht der andern Bundesstaaten durch die beiden großen rein abjektiv.

Und dadurch werden wir von selbst auf ein Projekt geleitet, das vielleicht allein einige Anwartschaft auf die Zukunft haben dürfte, wenn es überhaupt eine solche in der deutschen Angelegenheit gibt: wir meinen eine dreigetheilte Spitze, deren einer Theil durch Oesterreich, der zweite durch Preußen und der dritte durch die Mittel- und Kleinstaaten gebildet würde. Der oesterreichische und preussische Theil würden je 12 Millionen, und der mittel- und kleinstaatliche Theil 18 Millionen repräsentiren; letzterer würde somit eine mehr als ebenbürtige Größe, gegenüber den beiden andern, könnte sohin mit Recht den gleichen Einfluß wie sie in Anspruch nehmen und wäre durch seine natürliche Stellung in der Lage, die einseitigen Ansprüche jener auf ihre wahre Berechtigung zurückzuführen, Neutralitäten als unparteiischer Dritter auszugleichen, und — ohne den Ehrgeiz eines großen Einheitsstaates, dafür aber das reiflich nationale Element um so reiner vertretend — die Aktion der andern von Ablenkungen zurückzuhalten und stets dem Interesse der Gesamtheit zuzuwenden.

Die Grundzüge der Bundesverfassung würden wir uns für diesen Fall also vorstellen:

- a) Ein Regentkollegium als Inhaber der obersten Bundesgewalt, bestehend aus drei Mitgliedern (Prinzen oder regierenden Fürsten), eines von Oesterreich, eines von Preußen, und eines von den Mittel- und Kleinstaaten (nach zu vereinbarenden nähern Normen) aufgestellt.
- b) Ein Bundesministerium, ernannt durch das Regentkollegium und dem Parlament verantwortlich.
- c) Ein Bundesparlament, bestehend aus zwei Häusern, wovon das erste die einzelnen Bundesstaaten als solche und das andere die Nation repräsentirt. Die Mitglieder des ersten würden selbstverständlich durch die Regierungen der einzelnen Bundesstaaten ernannt, wobei sich zugleich Gelegenheit fände, Etwas zur Ausführung des §. 14 der deutschen Bundesakte (den ehemaligen reichsunmittelbaren Adel betr.) zu thun; die Mitglieder des Repräsentantenhauses würden wohl am besten von den Kammern der einzelnen Bundesstaaten gewählt.

Wir wiederholen, daß wir dieses Projekt weder für vollkommen, noch unter den jetzigen Verhältnissen für ausführbar halten; auch behaupten wir nicht, daß es in späterer Zeit ausführbar sein werde; wir sagen nur, daß, wenn jemals ernstlich von der Herstellung eines konstitutionellen Bundesstaates die Rede sein wird, obige Organisation noch am ersten ausführbar sein dürfte, weil sie die einfachste, billigste, gewisse Vorrechte am wenigsten verletzende, und im Ganzen zweckmäßigste zu sein scheint. An eine Verwirklichung könnte erst dann gedacht werden, wenn die oben langsam entwickelten Voraussetzungen dazu vorhanden wären.

Die Hauptschwierigkeiten werden stets von den zwei Großmächten kommen, und zwar nicht allein von den Regierungen, sondern auch von den Vätern, denn auch Letztere müßten dem Ganzen nicht unerhebliche Opfer bringen. So würden z. B. die Volksvertretungen der einzelnen Bundesstaaten nicht wenig an ihrer Bedeutung verlieren, und es ist noch gar nicht so gewiß, ob z. B. die der größern Staaten, namentlich die preussische, dazu geneigt wäre. Etwas ist, daß die Berliner Nationalversammlung vom Jahr 1848 und 1849 sich blutwenig um die Frankfurter Bekanntheit und so gewaltthätig hat, als ob diese gar nicht bestände; und auch jetzt wieder, mitten unter dem stürmischen Auf nach einem Nationalparlament, vernimmt man bereits Stimmen in der preussischen Presse, welche meinen, daß es vielleicht doch besser wäre, das eigene konstitutionelle Gebäude auszubauen und wohlhin

herzurichten, indem die Gründung einer höher gestellten parlamentarischen Macht, an der sich Preußen kaum um ein Drittel betheiligen könnte, dem preussischen Spezialinteresse nicht recht angemessen sein würde.

Und diese Erwägung ist nicht so ohne Grund. Nehmen wir einmal einen praktischen Fall. Stellen wir uns z. B. vor, daß, als der Pariser Neujahrsgruß gesprochen wurde, bereits ein Bundesparlament bestanden hätte. Dort hätten sich ohne Zweifel die oesterreichischen und deutschen Mitglieder im kriegerischen Sinn, die preussischen im Sinn der „Politik der freien Hand“ ausgesprochen. Letztere wären also weitläufig überstimmt worden; natürlich ebenso der preussische Bundesregent von den beiden andern. Damit wäre für den Bundesstaat Preußen der politische Standpunkt gegeben gewesen. Wenn nun die Großmacht Preußen sich nicht unterworfen, sondern erklärt hätte: „Ich lasse mich beim Bunde nicht majorisiren“, was würde der preussische Landtag dann gesagt haben? ... Man kann Das mit Sicherheit freilich nicht wissen, aber was man mit Sicherheit weiß, ist, daß der bekannte Abgeordnete Simon in der denkwürdigen Sitzung des preussischen Abgeordnetenhauses vom 12. Mai ausrief: „Wenn auf Grund der Bundesverfassung gegen alles Erwarten durch einen Majoritätsbeschluss die preussische Regierung gezwungen werden sollte (sich am Krieg zu betheiligen), und wenn sie sich weigern sollte, Dieses zu thun, so würde sie, davon bin ich überzeugt, das Land einstimmig hinter sich haben.“ Auch andere Redner sprachen sich so aus, und der allgemeine Beifall ratifizierte ihre Worte im Namen des ganzen Hauses.

Was in diesem Fall in Preußen vorgekommen ist, würde in entgegengelegten Fällen höchst wahrscheinlich ebenso in Oesterreich vorkommen. Bemerkenswerth ist, daß auch die Kränkungen von Preußen und Oesterreich gelegentlich der Dreidener Konferenz im Jahr 1850 sich im voraus dahin geeinigt hatten, die Idee eines Bundesparlaments nicht aufkommen zu lassen.

Wir der Bildung der Spitze der Bundesorganisation steht und fällt auch die Idee des Bundesparlaments. Ein Parlament, das nicht einem vollberechtigten und verantwortlichen Bundesministerium gegenübersteht, einer Bundesverwaltung, die wirklich Etwas verwaltet, einer Regierung, deren Haltung zuletzt wenigstens durch das Budget-Bewilligungsrecht der Kammer mitbestimmt wird, ist ein Ding ungefähr wie ein Messer, dem der Stiel und die Klinge fehlt, ein Scheinwesen, dem es an aller ersten Bedeutung gebricht, eine politische Pflaunderschube, aber keine wirkliche Nationalvertretung. Wer ein Bundesparlament begehrt, ohne vorher die Organisation der obersten Bundesgewalt zu begehren, begeht ein hysterisches Proteron; man schaffe zuerst diese, dann wird jenes von selbst kommen. Wer aber meint, daß ein Parlament sich als konstituierende Versammlung aufstehen soll, der vergißt, daß dies ein revolutionäres Gebahren ist, welches die Regierungen nicht dulden werden. Er vergißt ferner — was doch so nahe liegt, weil die Revolutionsperiode vor 10 Jahren es gelehrt hat — daß man mit diesem Mittel nicht ans Ziel kommt. Damals hatte das Frankfurter Parlament einen Augenblick alle Gewalt in der Hand, und erwies sich dennoch völlig unproduktiv; freilich würden auch in rascher Benützung des Augenblicks improvisirte Organisationsformen, die das Unterste zu oberst gelehrt, vor der natürlichen Macht der Verhältnisse später wieder wie Spreu verfliegen sein. Der Nationalgeist nimmt sich Zeit zu seinen Entwicklungen.

Wenn nun aber eine Bundesreform im großen Styl, wie wir sie bisher besprochen haben, zur Zeit unausführbar ist, und wenn vorerst auch noch gar nicht abzusehen ist, ob und wenn sie einmal ausführbar werden wird, kann und soll denn inzwischen gar Nichts geschehen? Doch. Es kann schon manches Nützliche geschehen, manches Unzweckmäßige in den bestehenden Bundeseinrichtungen abgeändert und manche gute Detailreform vorgenommen werden. Dahin rechnen wir z. B. die Revision der Bundeskriegsverfassung — worunter wir jedoch, beiläufig gesagt, keine Wegrevision verstehen, wie man dies von gewisser Seite her in der jüngsten Zeit verlangt hat —; ferner gewisse Modifikationen in dem mehrfach allzu schleppenden Geschäftsgang. Auch wäre vielleicht die Idee der Errichtung eines Bundes-Gerichtshofs wieder aufzugreifen. Ueberhaupt sollte man dem Bundesrat, statt ihn ewig als Mittel der Negation und Prohibition zu benützen, mehr Gelegenheit zu positiver und produktiver Thätigkeit, wozu es doch nicht an Stoff fehlt, geben.

Man sieht — des Nützlichen bleibt immer zu thun; aber alle Früchte einer derartigen partiellen Thätigkeit genügen dem nationalen Bedürfnis nicht. Sie werden ihm so lange nicht genügen, als die jetzige Bundesorganisation besteht, als der Bundesrat keine Machtbefugnisse hat, als ihm nichts Anderes übrig bleibt, denn die Resultate der den einzelnen Mitgliedern erteilten Regierungsinstruktionen vorzulegen, dieselben miteinander zu vergleichen, daraus ein Facit zu ziehen, und dasselbe behufs der Einholung neuer Instruktionen den einzelnen Bundesregierungen mitzutheilen. Sie würden auch dann nicht genügen, wenn — wie Dies von Oesterreich vor 8 Jahren erstrebt worden ist — zu Ungunsten der Kleinen gewisse Modifikationen in der Organisation der Bestandtheile der Bundesversammlung, namentlich in der Stimmenkompetenz ihrer

einzelnen Mitglieder und in der Geschäftsordnung eintraten. Von einer Emanzipation des Bundestags aus seiner dard- aus abhängigen Stellung war dabei — wenigstens ernstlich — nicht die Rede.

Deutschland.

* **Karlsruhe**, 6. Aug. Das heute erschienene Regierungsblatt Nr. 37 enthält:

I. Unmittelbare allerhöchste Entschlüsseungen Sr. Königl. Hoheit des Großherzogs. 1) Allerhöchstden Herrliche Verordnung, die Aufhebung der Ausführverbote von Schießpulver, Schiesspulver und Haber betreffend. 2) Dienstinrichtungen. Außer den schon mitgetheilten noch folgende: Sr. Königl. Hoheit der Großherzog haben Sich gnädigst bewogen gefunden, unter dem 16. v. M. dem außerordentlichen Professor Dr. Kusmaul an der Universität Heidelberg die unterthänigst nachgesuchte Entlassung aus dem großh. Staatsdienste zu ertheilen; die erledigte Lehrstelle für Mathematik und Physik am Lyceum zu Heidelberg dem Professor Friedrich Kummer an der höhern Bürgerschule daselbst zu verleihen, und unter dem 20. v. M. die evangelische Pfarrei Hauingen, Diözese Lörrach, dem Pfarrer K. Sutter in Kirnbach zu übertragen.

II. Verfügungen und Bekanntmachungen der Ministerien. 1) Bekanntmachung des großh. Ministeriums des großh. Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten: Die Organisation des Eisenbahn-Dienstes betreffend. Darnach haben Sr. Königl. Hoheit der Großherzog unter'm 23. v. M. allergnädigst zu beschließen geruht: 1) daß die neu erbaute Eisenbahn-Strecke Durlach-Wilferdingen mit den auf derselben zu errichtenden Stationen dem Post- und Eisenbahn-Amt Karlsruhe zugetheilt werde; 2) daß in Wilferdingen eine Eisenbahn-Betriebskassette mit Eisenbahn-Expedition und Telegraphenstation errichtet und derselben als Kassenbezirk die Strecke Wilferdingen-Durlach, jedoch mit Ausschluß der letztern Station, zugewiesen werde; 3) daß in Grödingen, Berghausen und Söllingen Haltestationen mit Billetausgabe-Bureaus errichtet werden, und daß mit jener in Berghausen zugleich eine Güterexpedition verbunden werde. Die Eröffnung des Betriebs auf der Strecke Karlsruhe, beziehungsweise Durlach-Wilferdingen ist auf den 10. dieses Monats festgesetzt. 2) Bekanntmachungen des großh. Ministeriums des Innern: a) Die Bormahme einer Erbschaft für den aus der Zweiten Kammer der Ständeversammlung freiwillig ausgetretenen Abg. Kessler in Mannheim betreffend, mit deren Bormahme der Geh. Regierungsrath Schmitt in Mannheim als landesherrlicher Kommissar beauftragt wurde. b) Die Patentertheilung an Stenger Niemann und Komp. in Straßburg betreffend. c) Die Patentertheilung an Henry Burden von Troy im Staate New-York betreffend. d) Die Patentertheilung an Lewis Wells Broadwell aus New-Orleans betreffend. e) Die Vergebung eines Freiplazes in dem weiblichen Lehr- und Erziehungs-Institut zu Baden betreffend. 3) Bekanntmachung des großh. Finanzministeriums: Die zweite Serienzählung zur 23. Gewinnziehung vom Lotterianlehen zu fünf Millionen Gulden vom Jahr 1840 betreffend. 4) Bekanntmachung des großh. Kriegsministeriums: Die Feststellung von Garnisonen betreffend.

III. Diensterledigung. Die Pfarrei Neckarau, Dekanats Oberheidelberg, mit einem Kompetenzanschlag von 977 fl. 41 kr.

IV. Todesfall. Gestorben ist: am 16. Juli d. J. der pensionirte Ministerialrath R o y s in Karlsruhe.

† **Karlsruhe**, 6. Aug. Dem Vernehmen nach hat gestern die erste Probefahrt über die neue Rheinbrücke bei Waldshut stattgefunden, und soll die Bahn nach Zürich am 15. d. dem Verkehr übergeben werden.

Freiburg, 5. Aug. Nach den Ausweisen in der „Zrbgr. Ztg.“ betragen die Sammlungen des hiesigen patriotischen Hilfsvereins für die verwundeten Oesterreicher 8417 fl. 33 kr. in baarem Gelde, wozu dann der Werth der in Natura eingegangenen Gegenstände mit 3500 fl. in geringem Anschlag kommt, so daß man füglich 12,000 fl. als das Ergebnis der Beisetzungen von hier und Umgegend annehmen kann. Es ist dieses eine Summe, welche die bei Eröffnung der Sammlungen gehegten Erwartungen übertrifft, aber einen weitem neuen Beleg von dem großen Wohlthätigkeitsreifer liefert, der in unsern Gegenden herrscht und der sich schon so oft und vielfältig glänzend bewährt hat.

Freiburg, 6. Aug. Dem gestrigen Bericht von dem Unwetter am Donnerstag, über dessen Verheerungen man einiges Nähere erfahren hat, daß aller Hauf vom Kaiserstuhl bis ins Glotterthal geknickt, die Nebel verbagelt, Höner todgeschlagen, Bäume entwurzelt oder alles Obiges beraubt worden sind, haben wir leider heute einen zweiten beizugeben, der noch Schlimmeres meldet. Gestern Morgen um 11 Uhr sah man, wie ein furchtbares Wetter längs des ganzen Kaiserstuhls hin hauste und von Minute zu Minute näher rückte. Kurz vor 12 Uhr hatte es die Stadt und Umgegend erreicht, und jetzt fiel eine Viertelstunde lang der Hagel in solcher Masse, daß seit Menschengedenken kein graufigeres Schauspiel da war. Nach einiger Unterbrechung fing es nochmals an zu hageln, jedoch nur wenige Minuten, aber um so intensiver. Die kleinsten Hagelkörner waren wie Hafelnüsse, wie Nüsse und kleine Hühnererier hat es in Masse. Ein großes Glück war es noch, daß der Wind nicht stark war und der Hagel meist gerade herab fiel, so daß die Häuser der Stadt nur wenig Schaden litten. Dagegen sind die Nebel arg verheert, weniger in der Ebene, desto mehr aber auf dem vordern Schloßberg bis zum s. g. Kanonenplatz und auf dem vordern Schloßberg bis zum s. g. Kanonenplatz und auf dem vordern Schloßberg bis zum s. g. Kanonenplatz und auf dem vordern Schloßberg bis zum s. g. Kanonenplatz. Es sind da einzelne Striche, die ein Drittel des Herbstes verloren haben. Im Augenblick läßt sich der Schaden noch nicht einmal berechnen, denn die Beeren, die nur leicht getroffen sind, zeigen erst in einigen Tagen, daß sie zu Grunde gehen. Noch größer ist die Verheerung der Nebel in den Gemarkungen

Haslach, St. Georgen, wo auch fast kein Haus sein Dach schadlos behalten hat, Märzhausen, Schallstadt, Wolfenweiler und namenlich Erbringen. Von dem untern Kaiserstuhl, wo auch das gestrige Unwetter nicht weniger gehaust haben muß, wird man erst am heutigen Marke Näheres erfahren. Gegen Abend wiederholte sich ein starkes Gewitter, jedoch ohne Hagel, aber mit so massenhaftem Regen, daß in wenigen Minuten in den Straßen eine buchstäbliche Ueberschwemmung war, und noch bis in die späteste Abendstunde donnerte und bligte es fort. Es war ein Tag, wie sich die ältesten Leute keines erinnern können.

Δ **Staufen**, 5. Aug. Der hiesige Gesangverein gab zum Besten der verwundeten Oesterreicher im Nieger'schen Biergarten ein, ungeachtet brennender Sonnenhitze, stark besuchtes Konzert, dessen Erträgnis dem allgemeinen Hilfsverein zu Freiburg zugesprochen ist. Neben den Sammlungen von Seiten des bestehenden Frauenvereins bildet dieses die zweite patriotische Geldgabe, die von hier aus dem gleichen Zweck gespendet wurde. — In Folge günstiger Witterung sind die Trauben bereits ausgewachsen und beginnen zu weichen. In den Niederungen erwartet man den Herbst in etwa sechs Wochen, in den Rebbergen ein wenig später. Wenn das Wetter nachhaltig so erprießlich bleibt, wie jetzt, kann das Erträgnis nur vortreflich werden. Der Menge nach steht indessen nur ein Mittelherbst in Aussicht. Man glaubt nicht, daß die Weinpreise anziehen werden, weil früher wegen der Kriegsausrichtungen wenig gekauft wurde und die Weinproduzenten und Händler deshalb noch große Vorräthe besitzen.

Δ **St. Georgen im Schwarzwald**, 5. Aug. So viel wir bis heute erfahren, nehmen die verheerenden Wirkungen des gestrigen, von einem furchtbaren Dr. kan begleiteten Hagelwelters eine Ausdehnung von 8 Stunden in der Länge und 1 bis 2 Stunden in der Breite ein. (Wie weit sich das Unwetter in das benachbarte Württemberg hinein erstreckte, vermögen wir nicht zu sagen.) Betroffen wurden davon die Gemeinden Gremelsbad, Tryberg, Schönwald, Rugsbad, Brigach, St. Georgen, Langenschiltach (zum Theil), Peterzell, Buchenberg, Königfeld, Erdmannweiler, Burgberg und Fischbach. Die Verwüstung in allen diesen Gemeinden ist furchtbar. Kaum ein Haus ist zu finden, das nicht mehr oder minder beschädigt wurde. Eine genaue Angabe der erheblich beschädigten Häuser ist zur Zeit unmöglich, und wir können nur sagen, daß die Zahl derselben eine sehr beträchtliche ist. Mehrere wurden auseinander gerissen und weggeführt. Sehr viele verloren den Dachstuhl ganz oder theilweise. Von den vielen Tausend Ziegeln, welche herabgeworfen und fortgeschleudert wurden, wollen wir nicht reden. Aus vielen Häusern mußten die Bewohner während des Unwetters fliehen, weil der Zusammensturz derselben ihr Leben bedrohte. So viel uns bekannt, ist glücklicher Weise kein Menschenleben zu beklagen. Wer jedoch im Freien war, hat Beulen und Wunden davongetragen. In Tryberg sollen mehrere Haus- thiere ertrunken sein, da die Gutsch urplötzlich anschwell und das Wasser in die Ställe eindrang. Auch soll der Wasserfall, dessen gewaltiges Tosen dahier deutlich vernommen wurde, ein todttes Pferd herabgeschwemmt haben. In Rugsbad sind mehrere Bäche von den Bergen herabgestürzt, die Erde wurde mannstief ausgehöhlt und weggeschwemmt. Die Feldgewächse sind total zerschlagen. Die Früchte sind entweder in den Boden geschlagen und ausgedroschen, oder die Ähren von den Halmen abgerissen und fortgeführt. Wer noch die doppelte Ausaat erhält, kann sich glücklich schätzen. Im Uebrigen wird die ganze Ernte in der Eindeimung des leeren und zerzausten Strohs bestehen. Kraut, Rüben, Kohlstrahlen u. Alles zerlegt und zerschlagen. Ebenso die Kartoffeln. Die Waldungen haben enorm gelitten. Die stärksten wie die schwachen Tannen liegen theils entwurzelt, theils abgedroschen umher, und man darf ihre Anzahl nicht nach Hunderten, man muß sie nach Tausenden schätzen. Namenlich soll auch der Königsfelder Gemeinwald furchtbar gelitten haben. Ueberall, wohin das Auge blickt, sieht man ein trauriges, trostloses Bild der schrecklichen Verwüstung. Der Schaden ist unermeßlich. Dem entseffelten Element genügte kaum 10 Minuten, all diesen Jammer und dieses Elend zu schaffen, die Mühe und Arbeit eines Jahres zu vernichten, und die Aussicht auf die nächste Zukunft so düster zu gestalten. Es versteht sich wohl von selbst, daß das Unwetter viele kleinere Unfälle herbeiführte, welche für die Betroffenen mehr oder minder Schaden verursachten. Fruchtwägen und kleine Fuhrwerke wurden vom Sturme umgeworfen, sogar ein schwer beladener Holländerwagen konnte diesem Schicksal nicht entgehen. Telegraphenmasten sind an einigen Orten umgestürzt worden. Der von Tryberg kommende Postomnibus entging diesem Schicksal nur durch das entschlossene Benehmen des Kondukteurs, welcher, beim Herankommen des Unwetters auf der Sommerauer Höhe angelangt, die schneidenden Pferde am Zügel fasste und in einen schützenden Ort leitete.

München, 4. Aug. (A. Z.) Es ist Ihnen schon geschrieben worden, daß eine Sitzung der Kammer der Abgeordneten in dieser Woche nicht mehr stattfinden dürfte. Dafür ist der zweite Ausschuss desto thätiger. Gestern Abend war wiederum vertrauliche Sitzung desselben. Dem Vernehmen nach soll statt der verlangten 26 1/2 Millionen der Kammer die Bewilligung von nur 12,952,500 fl. anempfohlen werden. 12 Millionen sollen durch ein aufzunehmendes Anlehen aufgebracht, der Rest aus den Ueberschüssen von den Staatseinnahmen der drei Jahre 1858/61 entnommen werden, aus welchen auch die Aufbringungskosten und die Verzinsung des Anlehens bestritten werden sollen. Bezüglich der Art und Weise, wie das zu machende Anlehen zu bewerkstelligen sei, soll dem Finanzminister die Entscheidung überlassen bleiben. Die von demselben in dem vorgelegten Gesetzentwurf beantragten Steuerzuschläge hätten ganz zu unterbleiben. Von einem Antrag des Ausschusses auf Erziehung von Papiergeld ist keine Rede; dagegen ist ein solcher von einer Anzahl Abgeordneter, vorzugsweise aus Franken, zu erwarten, dem auch die meisten Abgeordneten aus den Landbezirken Niederbayerns sich zune-

gen sollen. Indessen glaubt man nicht an einen Erfolg desselben, der auch nicht zu wünschen ist.

Nürnberg, 28. Juli. Die Wahlmänner Erlangens und Altdorfs haben, dem „N. A.“ zufolge, ebenfalls Adressen an ihre Abgeordneten geschickt, worin sie eine deutsche Centralgewalt mit Volksvertretung verlangen.

Frankfurt, 5. Aug. (Fr. Z.) Wie wir verlässlich erfahren, beständig es sich, daß der Vizegouverneur der Bundesfestung Mainz mit einer Beschwerde über die feindselige Sprache des „Mainzer Journ.“, welche geeignet sei, unter den Besatzungstruppen Unfrieden zu stiften, bei der Bundesversammlung eingekommen ist. Die Sache ist jedoch schnell in der gestrigen Bundestags-Sitzung dahin erledigt worden, daß die Versammlung aussprach, ein Einschreiten derselben gegen die Presse liege nicht in ihrer Thätigkeit und die hess. Regierung und das Gouvernement in Mainz selbst die Mittel in den Händen hätten, etwaigen Mißbrauch zu hindern. — Ferner erfahren wir als zuverlässig, daß der Bundestag vom 11. d. an auf die Dauer von etwa zwei Monaten Ferien machen wird.

† **Frankfurt**, 5. Aug. Aus der gestrigen Bundestags-Sitzung ist nichts von Interesse zu berichten; nur Das mag angeführt werden, daß die Vertagung der Bundesversammlung gestern noch nicht ausgesprochen ist. — Graf Buol-Schauenstein ist aus Wien hier eingetroffen, um demnächst in Mannheim seinen Wohnsitz zu nehmen.

x **Koblenz**, 5. Aug. Bad Ems, wo außer der Kaiserin-Mutter von Rußland jetzt auch Sr. Königl. Hoheit der Prinz-Regent weil, wird gegenwärtig von hohen Personen stark besucht. Die Saison wird daselbst eine immer glänzendere, sowie auch die Zahl der Rheinreisenden überhaupt in steter Zunahme begriffen ist. — Der Bau der Eisenbahn von hier nach Mainz wird mit abermal vermehrten Kräften betrieben. Man scheint in Berlin großen Werth darauf zu legen, daß der Schienenweg in diesem Herbst vollendet wird.

Hannover, 4. Aug. Aus sicherer Quelle geht der „N. Hann. Ztg.“ die Nachricht zu, daß Ende des verfloffenen Monats von den Bevollmächtigten der hannoverschen und der großbritannischen Regierung eine zwischen den genannten Regierungen getroffene Uebereinkunft wegen Fortdauer des Handels- und Schifffahrtsvertrags vom 22. Juli 1844 unterzeichnet ist, nach welcher dieser (von England bekanntlich gefändigte) Vertrag unverändert bis zum 14. Februar 1860 in Kraft bleiben soll.

Hamburg, 4. Juli. (H. N.) Das 180er Kollegium ist dem Vernehmen nach in seiner gestrigen Sitzung den neuesten Verfassungsanträgen beigetreten, und zwar mit 74 gegen 17 Stimmen, von denen sich mehrere dem von dem Hrn. Präses und Oberalten zu Protokoll gegebenen Protest gegen die Aufhebung des persönlichen Stimmrechts angeschlossen haben.

Berlin, 4. Aug. (Fr. P. Z.) Von Seite Preußens werden feinerlei Anträge, die auf eine völlige Umgestaltung der Bundesverfassung und auf die Einberufung eines deutschen Parlaments abzielen, im Schooße der Bundesversammlung gestellt werden, weil man vollkommen überzeugt ist, daß ein derartiges Streben an dem Widerspruch Oesterreichs und der Mehrheit der deutschen Staaten scheitern würde. Es werden auch Anträge in diesem Sinn keineswegs im auswärtigen Ministerium vorbereitet. Preußen wird sich vielmehr einweisen darauf beschränken, mit denjenigen deutschen Staaten, welche mit ihm gleiche Richtung und gleiche Bedürfnisse haben, in Bezug auf ausführbare praktische Dinge Vereinbarungen zu treffen. Behufs des gemeinsamen Schutzes der deutschen Küsten wird es z. B. mit den betreffenden deutschen Küstenstaaten und den Hansestädten in Verhandlung treten. Auch werden Abänderungen der Bundeskriegsverfassung, die sich in der jüngsten Zeit als unumgänglich notwendig herausgestellt haben, in Vorschlag gebracht werden. Für weiter gehende Anträge hält die preussische Regierung die Gesammtlage der Dinge im gegenwärtigen Augenblick für durchaus ungünstig. Ihr Hauptaugenmerk richtet sich daher auf die innere Entwicklung Preußens, weil sie in derselben die eigentliche Wucht ihrer Kraft erkennt.

o **Berlin**, 5. Aug. Die von liberalen und demokratischen Blättern betriebene Agitation zur Herbeiführung einer durchgreifenden Bundesreform findet hier, wie überhaupt in Preußen, nur sehr vereinzelt Anklang. Am wenigsten steht zu erwarten, daß die preussische Regierung irgendeinen Schritt thun werde, um im Geiste der ihr gemachten Zumuthungen die Initiative zu einem Reformwerk zu ergreifen, welches in der angeregten Weise nur Keime trauriger Zerwürfnisse in sich trägt. Wie uns wiederholt als zuverlässig versichert wird, liegt es durchaus nicht in der Absicht unseres Kabinetts, in nächster Zeit mit Anträgen auf Aenderung der Bundesverhältnisse vorzugehen. Ueberhaupt dürfte aber ein separates Vorgehen in dieser Richtung von hier aus um so weniger zu gewärtigen sein, als die Gründe, welche für eine vorgängige Verständigung unter den Bundesmitgliedern sprechen, bei uns in ihrer vollen Bedeutung gewürdigt werden. — Beim 3. Armeekorps ist die Errichtung der neuen Landwehr-Bataillone schon fast beendet. Diese Bataillone erhalten einen Bestand von 450 Mann und werden aus den freiwillig bei der Fahne verbleibenden Bekehrmannern 1. Aufgebots, aus den jüngeren Reservisten und aus den zum 1. Aug. ausgehobenen Rekruten gebildet.

Jena, 3. Aug. (L. Z.) Unserer Universität steht mit Ablauf dieses Semesters ein neuer großer Verlust bevor, indem Hofrath Leubuscher, Professor der Pathologie und Therapie, sowie Direktor der medizinischen Klinik, vor wenigen Tagen sein Entlassungsgesuch eingereicht hat.

* **Meiningen**, 5. Aug. Auf die in Nr. 191 d. Bl. erwähnte, an den Herzog von Sachsen-Meiningen gerichtete Adresse aus Pössa, worin um dessen Mitwirkung

zur Abänderung der Bundesverfassung im kleindeutschen Sinn gebeten wird, hat der Herzog folgende Antwort ertheilt:

Auf die Eingabe, welche mehrere Bürger und Einwohner der Stadt Pösdorf, C. L. Böfchel und Genossen, am 25. v. M. an Mich gerichtet haben, gebe Ich denselben folgendes zu erkennen:

Je mehr man davon überzeugt ist, daß die letzten politischen Ereignisse Gefahren für Deutschlands Zukunft in sich schließen, um so sorgfältiger hat man zu prüfen, worin Dies seinen Grund hat, um nicht in den Mitteln und Wegen zur Abwehr der Gefahren fehl zu greifen. Während die Unterzeichner der Eingabe die Verfassung des Deutschen Bundes für den Zwiespalt in Deutschland verantwortlich machen wollen, muß vielmehr eine unbefangene Erwägung zugeben, daß von einer Seite nur der Augenblick nicht für gekommen erachtet ward, den einschlagenden Bestimmungen der Bundesverfassung, die sonst ausgereicht, oder wenigstens leicht die für die Anwendung nötigen Modifikationen erlangt haben würden, Folge zu geben. Wer da erwartet, daß eine freie Vereinbarung der mittlem und kleinen deutschen Staaten mit einer der beiden deutschen Großmächte, die andere bei Seite schiebend, ein einiges und starkes Deutschland schaffen könne, der scheint den wahren Grund der traurigen Zerrüttungen einer kaum vergangenen Zeit vergessen zu haben, oder zu verkennen, daß eben Dies damals die unheilvollste Verirrung war, daß man verzeihen zu können meinte, daß auch in den Aoren der Bewohner der zum Deutschen Bunde gehörenden Lande des österreichischen Kaiserreichs deutsches Blut fließe, und darauf hin ein Gebäude aufzuführen wollte, an welchem nicht nur Oesterreich, sondern auch andere Theile von Deutschland, deren Interessen mehr zu Oesterreich als zu Preußen hinneigen, sich nicht beteiligen konnten. Wie würde nicht im Jahr 1850 ein Krieg von außen uns im Zustand der Zerrissenheit und dadurch schwach gefassten haben! Und hätten sich denn die Ereignisse des gegenwärtigen Jahres günstiger gestaltet, wenn statt der Bundesverfassung die von den Unterzeichnern der Eingabe empfohlene Vereinbarung in Wirksamkeit gewesen wäre? Heute ist das Wohl des Vaterlandes wahrlich in Anderem zu suchen, als in der Wiederholung von Experimenten, welche die Erfahrung schon gerichtet hat.

Genüß dürfen wir aber ebensowenig der Zukunft müßig entgegen sehen. Mit aller Kraft und Selbstverleugnung haben die deutschen Fürsten, auf dem Boden der Bundesverfassung beharrend, dahin zu streben, erkannten Mängeln dieser Verfassung abzuhelfen und zweckmäßige Anwendung derselben zu erleichtern. Dazu wird es ihnen aber auch weder am Willen, noch im Verein mit der loyalen Gesinnung ihrer Unterthanen, am Vermögen fehlen. Nur das so geeinte Deutschland wird mit Ruhe auf Gefahren hinblicken können, die es von außen her bedrohen möchten, und innerhalb seiner Grenzen werden Genüßensfreiheit und die Staatsanordnungen der protestantischen Lande stets eine sichere Stütze behalten.

Altenstein, den 30. Juli 1859.

Bernhard Erich Freund.

Zugleich erging an den ersten Bürgermeister in Pösdorf folgendes Reskript:

Den beschriebenen Erlaß auf eine Eingabe von 82 Bürgern und Einwohnern der Stadt Pösdorf, die Verfassungsverhältnisse Deutschlands betreffend, stelle Ich Ihnen zur weiteren Ausübung hieneben zu. Sie wissen, wie hoch ich den tüchtigen Bürgerstand schätze, welcher in meiner lieben Stadt Pösdorf herrscht. Um so mehr liegt es Mir am Herzen, daß dort nicht unrichtige Ansichten über Das, was Deutschland fromme, Platz greifen. Von Ihrer Einsicht erwarte Ich, daß Sie auch Ihre Thätigkeit hiefür thätig wirken.

Nachdem Ich übrigens ersehen habe, daß jene Eingabe in Nr. 61 des Wochen- und Anzeigebatts für Pösdorf und die Umgegend abgedruckt worden ist, ermächtige Ich Sie, auch dieses Schreiben nebst Beilage in gleicher Weise zu veröffentlichen.

Schloß Altenstein, den 31. Juli 1859.

Bernhard Erich Freund.

Dresden, 4. Aug. (Dr. J.) Aus Anlaß der in Folge Bundesbeschlusses eingetretenen Demobilisirung hat der König unter'm 23. Juli folgenden Tags Befehl an die Armee erlassen:

Soldaten! Als Eures Königs Wort Euch zu den Fahnen rief, da eiltet Ihr mit rühmlichem Eifer herbei, und bald fand die Armee gerüstet, jeden Augenblick Sachsens Pflicht gegen das gemeinsame Vaterland zu erfüllen. Die Umsicht und Thätigkeit der Kommandobehörden hat sich auf's neue bewährt — dafür spricht die kurze Frist von 20 Tagen, in der das Bundescontingent zum Marsch bereit stand; aber auch der gute Geist der Truppen hat sich neu bewährt — davon zeugt die strenge Mannszucht und die tadellose Führung, in der die Mannschaften der aktiven Armee und der Kriegesreserve gewettefert haben. Es gibt keine bessere Bürgerschaft für die Ueberzeugung, daß solche Truppen auch die schwersten Proben ehrenvoll bestehen werden. Mit Zuversicht zähle ich auf Euch, meine treuen Soldaten, wenn erneut mein Ruf an Euch ergehen sollte! — Johann.

Wien, 3. Aug. Mit allerh. Handschreiben vom 28. Juli v. J. ist F. M. E. Joh. Graf Coronini-Cronberg zum Banus, obersten Kapitän, Gouverneur und kommandirenden General in Kroatien und Slavonien, Gouverneur von Fiume und zum Oberpräsidenten der Banatschaft in Agram; F. M. E. Joseph Sokolovitch zum Gouverneur und kommandirenden General im Banat und in der serbischen Wojwodschaf; dann der F. M. E. Lazarus Fehr. v. Mamula zum Gouverneur und kommandirenden General in Dalmatien ernannt. — Der Statthalter Friedrich Fehr. v. Burger ist der Funktion als Civil-Motus beim Chef des Landes-Generalkommando's in Verona entbunden und auf den erledigten Posten des Statthalters von Triest und im Küstenlande versetzt worden. — Der Großherzog Ferdinand von Toscana ist gestern von Dresden hier angekommen und wurde von dem toscanischen Gesandten Marchese Provenzali im Nordbahnhof erwartet. — Der Staatsminister Graf v. Buol-Schauenstein ist gestern nach Mannheim abgereist, wo derselbe bleibenden Aufenthalt zu nehmen beabsichtigt.

Italien.

Turin, 1. Aug. Man schreibt der „Kön. Ztg.“: „Das französische Nationalfest vom 15. Aug. wird auch hier feierlich begangen werden. Die Stadtgemeinde trifft große Vorbereitungsanstalten zu demselben; man hofft, daß ein

Korps von 10,000 Franzosen daran Theil nehmen werde. — General Garibaldi liegt in Brescia krank darnieder; er leidet an den Folgen einer Erkältung; sein Zustand ist nicht ohne Bedenklichkeit.

Turin, 5. Aug. Ritter Desambrois ist in Zürich angekommen. Das offizielle Blatt „La Lombardia“ widerlegt die Gerüchte, welche verschiedene italienische Blätter über die Mission des Grafen Reiset enthalten. Dieser habe den Wünschen und Interessen Italiens günstige Besungen von seiner Regierung bekommen. In Modena herrscht große Theilnahme unter den Wählern.

Verona, 2. Aug. (A. J.) Marschall Hef und mit ihm die Operations- und Detailkanzlei der ersten und zweiten Armee werden in wenig Tagen von hier nach Wien übersiedeln. Die Abreise des Marschalls selbst soll auf den 5. v. M. festgesetzt sein. — F. M. E. v. Benedek ist von Wien nach Graz zurückgekehrt. — Der Abmarsch der Korps der ersten Armee, deren Hauptquartier — wie ich glaube — vorerhand nach Klagenfurt bestimmt ist, dauert fort. Im Venetianischen werden das fünfte, siebente und achte Korps zurückbleiben. Die österreichischen und ungarischen Freiwilligenbataillone, die in den letzten Tagen vor Abschluß des Friedens hier einrückten, werden vorerhand nicht aufgelöst. Was mit den übrigen geschehen wird, scheint noch nicht bestimmt. Das sechste Korps, welches aus sechs vierter Bataillonen zusammengesetzt ist, die zu Anfang des Feldzugs zur Kriegsbesatzung der Bundesfestungen bestimmt waren, bleibt in Tyrol.

Florenz, 2. Aug. Man schreibt der „Patrie“, daß man unverweilt den General Garibaldi erwartet, welcher den Befehl der toscanischen Armee übernehmen wird.

Frankreich.

Paris, 2. Aug. Man schreibt der „Allg. Ztg.“: Gestern wurde Fürst Esterhazy vom Grafen Walewski empfangen, und heute fand in des Letztern Gegenwart eine Zusammenkunft statt zwischen Hrn. v. Bourqueney, der am 4. nach Zürich reisen wird, und dem ebenfalls für die Züricher Konferenzen beordneten Ritter Desambrois. So herzlich das Einverständnis der hiesigen Regierung mit Oesterreich ist, so gespannt steht man mit Sardinen. Victor Emanuel verbindet sich offenbar mit der italienischen Revolution; selbst die Mazzinisten werden nicht mehr vom König verschmäht. Man weiß Dies hier, und dadurch entsteht eine täglich wachsende Kluft zwischen dem Kaiser und dem piemontesischen König. Früher war die hiesige Regierung bekanntlich für einen Kongreß, der die Organisation Italiens beraten sollte. Heute ist man auch in dieser Beziehung mit Oesterreich einverstanden, und hat die Idee eines Kongresses gänzlich aufgegeben. Man wird direkt mit den verschiedenen italienischen Regierungen sich zu verständigen suchen. Zu diesem Zweck ist der französische Gesandte am päpstlichen Hof, Herzog v. Gramont, hieher berufen worden. Zugleich stant man auf Maßregeln, die revolutionären Bewegungen in Italien zu unterdrücken, welche täglich ernstlicher zu werden drohen. Von Mailand bis Neapel ist die Bevölkerung in febrilhaftiger Aufregung, und jeden Augenblick bereit, die Waffen für „Italien und den König Victor Emanuel“ zu ergreifen. Ob die französischen Truppen, welche noch in Italien bleiben sollen — man spricht von einer Brigade der Division Trochu für Parma, von einer andern für Florenz, sowie davon, daß General Ubrich in Mailand kommandiren, und daß im Ganzen fünf Divisionen französischer Truppen in Italien zurückbleiben sollen — ob diese Truppen genügend und geeignet sind, die Bewegungen in Italien aufzuhalten, wird die Zukunft lehren. So viel ist gewiß, daß in diesem Augenblick in Frankreich selbst die Regierung wieder die Hände voll zu thun hat, um revolutionären Bewegungen zuvorzukommen. Die Verhaftungen häufen sich, und man spricht sogar von bereits erfolgten Transportationen. — Die Regierung drängt sehr die Schiffsbauarbeiter, ihre Arbeiten zu beschleunigen, und es sind jetzt besonders viele Transportschiffe in Arbeit.

Paris, 5. Aug. Das „Pays“ versichert, daß der Kaiser sich nach dem Lager von Chalons begeben und Sonntag, Montag und Dienstag dort bleiben wird. Am 17. v. werden der Kaiser und die Kaiserin nach den Pyrenäen abreisen. Sie werden bis Ende des Monats in St. Sauveur bleiben und am 4. Sept. in Biarritz eintreffen, wo sie bis zum Oktober verweilen werden. Der kais. Prinz wird direkt nach Biarritz gehen. — Seit einigen Tagen geht das Gerücht, daß eine Person (angeblich ein Beamter der Orleansbahn) von einem Unbekannten, der die Flucht ergriff, durch einen Schuß aus einer Wundbüchse verwundet worden sei. Seitdem gehen weitere Gerüchte, daß der Kaiser nicht an der Spitze der Truppen den Triumphzug in Paris halten, sondern dieselben auf dem Vendôme-Platz defiliren lassen werde. — 3proz. 69.95—70.

Rußland.

St. Petersburg, 5. Aug. (Tel.) Baron Haber, Mitglied des Verwaltungsraths der Darmstädter Bank, Hanse am n., Direktor der Berliner Diskontobank, und Baron Mühlens haben die Konzession zur Errichtung einer allgemeinen Gesellschaft für Bank- und Handelsgeschäfte in Petersburg erhalten. Das Grundkapital beträgt 200 Millionen Fr. und ist in 400,000 Aktien zu 500 Fr. eingetheilt. Die Statuten sind bereits von dem Kaiser genehmigt.

Vermischte Nachrichten.

Anlässlich der Bundesreformfrage reproduziert ein in Dresden erschienenen fliegendes Blatt das denkwürdige Schreiben, welches Sr. Maj. der König von Württemberg im Jahr 1851 zur Zeit der Dresdener Konferenz an den Fürsten Felix Schwarzenberg gerichtet hat. In der That ist es Zeit, wieder an dieses Altentück zu erinnern, welches ein Ausfluß einer eben so echt fürstlich deutschen wie staatsmännischen Gesinnung ist, wenn man auch nicht recht begreift, wie gerade von gotthaischer Seite her damit jetzt Geschäfte gemacht werden wollen. In dem Betreff sollte man doch den König Wilhelm kennen. Auch wir theilen das Schreiben wieder mit. Es lautet:

„Er. Durchlaucht! Aus den Berichten meines Bevollmächtigten in Dresden habe ich ersehen, daß Sie entschieden den Gedanken verwerfen, neben der von uns neubestellten obersten Bundesgewalt eine Vertretung der Gesamtnation ins Leben zu rufen. Daß ich diese Nachricht aufrichtig beklage, werden E. D. nach meiner bekannten Freimüthigkeit auch in dieser offenen Erklärung natürlich finden. Was mich betrifft, so habe ich sowohl vor als nach den bedauerlichen Ereignissen des Jahres 1848 eine Reform der Bundesakte und namentlich eine Revision des 13. Artikels derselben für ganz unerlässlich gehalten. Die letztere insbesondere sehe ich auch heute noch als das wahre Palladium und als den einzig richtigen Proberstein alles Dessen an, was wir in Dresden Gemeinames verhandeln und beschließen werden. Soll aber der erwähnte Artikel in einer Weise revidirt werden, welche nicht hinter der Zeit und dem moralischen Bedürfnis der Nation zurückbleibt, so müssen wir die bisherige landständische Vertretung auf das föderalistische Band im Ganzen anwenden und die einzelnen zerstückelten, unfruchtbar und verwirrenden Ständekammern in ein einziges oberstes Nationalparlament zusammenschließen.

Nur mit einem so vereinten Parlament ist nach meiner festen Ueberzeugung die Begründung einer einigen, starken und ganz besonders einer allseitig geschützten und dauerhaften Centralgewalt möglich, deren Thätigkeit, Kraft und Ansehen man vergebens in ihrer äußeren Zusammenfassung und numerischen Beschaffenheit ganz allein suchen würde. In unseren Tagen zumal vermag die bloße papistische Gewalt kein Gemeinwesen aufrecht zu erhalten. Repressivgesetz und Polizeimaßregeln allein haben bis jetzt weder staatliche Institutionen gewährt, noch staatliche Umwälzungen abgewandt. Irre ich mich nicht, so hat uns Dies der vormalige Bundeskongreß an einem abschließenden Beispiel zur Genüge bewiesen! Ein Staatenverband ist ungleich schwerer zu führen und zusammenzubalten, als ein Einzelstaat. Zener bedarf noch ungleich mehr als dieser eines gemeinschaftlichen moralischen Bandes, welches ihn gegen innere Auflösung und auswärtige Zerstörung schützt. Ein solches moralisches Band für ganz Deutschland kann aber zeitgemäß nur ein allgemein parlamentarisches sein.

Ganz vergeblich würden wir einen Erlaß für dasselbe in einer allgemeinen Zoll- und Handelsverbindung suchen. Die materiellen Interessen fördern weit mehr die gesellschaftliche Umwälzung, als daß sie dieselbe verhindern; diese Interessen schlagen sich nicht, sie ziehen sich zurück und unterwerfen sich schnell und unbedingt in der Stunde der Gefahr, und sie sind so veränderlich wie das Vermögen, auf welches sie sich stützen; ihre ausschließliche Förderung hat in Frankreich weder den Sturz der Restauration, noch die Staatsumwälzung von 1848 verhindert. Nach meinem Dafürhalten ist eine von der Gesamtheit der Nation gestützte und gehobene Bundesregierung ganz allein im Stande, nach unten die zerstörenden Elemente zu bemeistern und nach oben die Absonderung und die Leblosgkeit der Bundesgewalt, sowie die Forderung des gemeinschaftlichen Bandes unter den Einzelregierungen mit Erfolg zu verhindern.

Wenn wir der Nation den ihr gebührenden Selbsttheil an den obersten Angelegenheiten ihres staatlichen Gemeinlebens vorenthalten, so dürfen wir nicht hoffen, sie mit der Bundesverfassung auszuföhnen und eben so wenig die Revolution in Deutschland zum Stillstand zu bringen; vielmehr wird sich mit der Zeit der alte Kampf aller anarchoischen Kräfte in- und außerhalb der verschiedenen Ständekammern gegen die oberste Bundesgewalt aufs neue entwickeln, und ich glaube mich nicht zu täuschen, wenn ich dabei von der Voraussetzung ausgehe, daß dieser Kampf auf die Länge nicht zum Vorteil unserer neuen politischen Schöpfung ausschlagen wird.

Im Obigen haben E. D. mein aufrichtiges politisches Glaubensbekenntnis über die Frage der staatlichen Neugestaltung Deutschlands. Entweder können wir in den Einzelstaaten ohne Kammern und Volksvertretung regieren, oder wir können Dies nicht. Können wir es nicht, so können wir auch im Mittelpunkt des Bundes eine solche Vertretung nicht entbehren, wenn wir anders früher oder später nicht zwischen der neu zu errichtenden Centralgewalt und den desorganisirten ständischen Elementen einen Konflikt hervorrufen wollen, welcher auf die Länge den Bund innerlich lockern und nach außen mehr und mehr abschwächen muß. Die Ausführbarkeit eines allgemeinen parlamentarischen Bundes befreiten, heißt nach meiner Anschauungsweise nichts Anderes, als den Bund selbst mit dieser Zeit unvereinbar und auf die Dauer für unmöglich halten.

E. D. wissen, ich bin kein Freund von improvisirten Charten und modernen Staatsexperimenten, aber eben so wenig liebe ich auf dem politischen Felde die Einführung oder Rückkehr Dessen, was zu spät kommt oder sich überlebt hat. Als Bundesfürst werde ich gegen den neuen Bund, wie gegen den alten meine Pflichten gewissenhaft erfüllen, aber als Deutscher und als Regent meines Landes kann ich nach Gewissen und Ueberzeugung eine Bundesrevision nicht als eine zeitgemäße, genügende und definitive erkennen, welche den gerechten Ansprüchen der Nation auf eine Selbsttheilnahme an ihren großen politischen Geschicken nicht die gebührende Rechnung trägt. Glücklicher Weise bin ich alt genug, um die unausbleiblichen Folgen des Handelns, wie des Unterlassens von allem Demjenigen nicht mehr erleben zu müssen, was wir in diesem Augenblick in Dresden vollbringen!

Gemeinigen E. D. die erneuerte Versicherung derjenigen ausgezeichneten Hochachtung, mit welcher ich verbleibe E. D. ganz ergeben
Stuttgart, 18. Januar 1851. (Geg.) Wilhelm.

London, 2. Aug. (Ein Druckfehler.) Der „M. Herald“ hatte die Nachricht gebracht: die amerikanische Regierung habe beschlossen, auf das Prinzip der Privatkaperei zu verzichten, und wir haben unsere Zweifel über die Richtigkeit dieser Mitteilung ausgesprochen. Heute erklärt der „Herald“: man müsse halt „beschließen“ lesen: „verweigert“, und der Fehler rühre vom Setzsaß her. Damit ist der Irrthum in's Reine gebracht.

Ettlingen, 5. Aug. Das Schicksal der verwundeten österreichischen Soldaten findet in den Gemeinden des Amtesbezirks rege Theilnahme; es gingen weiter folgende Beiträge ein und an den Ort ihrer Bestimmung ab:

Von der Gemeinde Busenbach 37 fl. 25 kr.; von der Gemeinde Reichenbach 19 fl. 12 kr.; von dem Gesellenverein in Ettlingen 13 fl. 40 kr.; von den Gemeinden Forstheim, Mörsch und Neuburgweiler 48 fl.; Johann 152 Pfenden, 54 Pfendbüchel, 15 Pfendbüchel, 5 Pfendbüchel, 3 Paar Unterhosen, Leinwand zu 9 Paar Unterhosen nebst Baden und Band, 12 Paar Socken, 1 Sackfuß, 1 Stück ältere Leinwand zum Verband; von der Gemeinde Malsch 66 fl., sowie 7 Pfenden, 6 Paar Unterhosen und 8 Paar Socken.

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Fern. Kroenlein.

U.378. Karlsruhe.



Bekanntmachung.

Es wird zur öffentlichen Kenntniss gebracht, dass die neu erbaute Bahnstrecke von Durlach bis Wilferdingen am 10. d. M. für den Personen-, Gepäck-, Equipagen-, Vieh- und Gütertransport dem regelmäßigen Betriebe übergeben werden wird.

Die Fahrten von Karlsruhe nach Wilferdingen und zurück werden nach dem an den großh. Eisenbahnstationen und sonstigen öffentlichen Orten angehängten Fahrplan, welcher zugleich auch die Anschlüsse an die Züge der Hauptbahn enthält, abgehalten werden.

Karlsruhe, den 5. August 1859.

Direktion der gr. Verkehrs-Anstalten.

J. A. v. D. Paris.

Adam.

U.375. Karlsruhe.



Bekanntmachung.

Die Betriebsöffnung der Durlach-Wilferdinger Bahnstrecke betr. In Folge der mit dem 10. d. Mts. stattfindenden Eröffnung des Betriebs auf der Eisenbahnstrecke Durlach-Wilferdingen wird gleichzeitig der bisherige tägliche wöchentliche Eisenbahnverkehr zwischen Karlsruhe und Pforzheim eingestellt, und werden dagegen zwischen Wilferdingen und Pforzheim Postomnibusfabriken eingerichtet, welche mit allen vier zwischen Karlsruhe, beziehungsweise Durlach und Wilferdingen fuhrten Eisenbahnzügen in unmittelbarem Anschluss stehen.

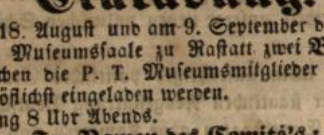
Karlsruhe, den 6. August 1859.

Direktion der großh. Verkehrs-Anstalten.

J. A. v. D. Paris.

Reim.

U.401. Rastatt.



Einladung.

Am 18. August und am 9. September d. J. finden in dem Museumsaal zu Rastatt zwei Bälle statt, zu welchen die P. T. Museumsmitglieder und deren Gattinnen eingeladen werden.

Anfang 8 Uhr Abends.

Im Namen des Comité's: Von Hiddl, Major.

U.370. Karlsruhe.



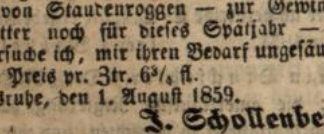
Wohnungsveränderung.

Meinen verehrten Kunden mache ich hiermit die ergebene Anzeige, dass ich meine bisherige Wohnung, Waldstraße Nr. 10, verlassen habe, und das der Wald- und Langenstraße Nr. 193 gezogen bin.

Karlsruhe, den 5. August 1859.

G. Müller, Schneidermeister.

U.332. Rastatt.



Empfehlung.

Bei Blechermeyer David Unkel in Rastatt sind stets gepresste Ulmer und Walzdarrnbleche vorräthig zu haben und empfiehlt derselbe solche zur geneigten Abnahme unter billigsten Preisen.

U.372. Karlsruhe.



Ständen-Regen.

Diejenigen Herren Landwirthe, welchen an dem Erhalt von Ständenregen - zur Gewinnung von Grünfutter noch für dieses Frühjahr - besonders liegt, ersuche ich, mir ihren Bedarf ungefümt aufzugeben.

Preis pr. Str. 6 3/4 fl. Karlsruhe, den 1. August 1859.

J. Schollenberger.

U.305. Paris.



Gesuch.

Mehrere tüchtige Tischler und Klaviermacher werden gesucht in der Pape'schen Fabrik, Rue des bons Enfants No. 19, in Paris.

U.383. Nr. 2027. Heberlingen.



Bakante Stipendien.

Bei der Kurpfälzischen Stiftung dahier sind zwei Stipendienportionen, jede von 140 fl. jährlich, beginnend mit 23. April d. J., an Studierende der Theologie zu vergeben.

Die Kompetenten um dieselben, welche nicht unter 18 und nicht über 26 Jahre alt sein dürfen, haben ihre Bewerbschriften unter Vorlage von Geburts-, Vermögens-, Studien- und Situationszeugnissen binnen 4 Wochen bei unterzeichnetem Stelle einzureichen.

Heberlingen, den 3. August 1859.

Stiftungs Vorstand: J. R. Müller, Steib. vdt. Mayer.

U.379. So eben erschien im Verlage des Bibliographischen Instituts in Hildburghausen und ist durch alle Buchhandlungen zu beziehen, in Karlsruhe durch die G. Braun'sche Hofbuchhandlung, Creuzbauer, A. Bielefeld's Hofbuchhandlung, Gessner, Ulrich, in Donaueschingen durch Schmidt's Hofbuchhandlung:

DIE HOHENSTAUFEN.

Epos in sechs Gesängen.

Broschirt Rthlr. 2. 10 Ngr. Gebunden Rthlr. 2. 25 Ngr.

Vollendet in der Form, grossartig in der Auffassung, hochpoetisch im Gedanken, durchweht von einem wahrhaft epischen Geist, fällt dieses Heldengedicht in eine Zeit, die gewaltig erstarrend in patriotischem Bewusstsein, die Erinnerung an die hier besungene grösste Epoche unserer Geschichte erweckt.

Medaille der Gesellschaft der industriellen Wissenschaften in Paris. Keine weissen Haare mehr!

Vorzügliche Tinktur, um die Haare schwarz, braun und hellbraun zu färben, von Dicquemare aine in Rouen.

Diese Tinktur, welche ohne Gefahr für die Haut und ohne allen Geruch die Haare und den Bart sofort in allen Schattirungen färbt, ist besser als alle andern, welche bis jetzt angewendet wurden.

Preis: 3 fl. 30 fr. Briefe und Gelder franco. Verpackung wird nicht angerechnet. Haupt-Niederlage in Karlsruhe bei Friedrich Wolff & Sohn, Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 4.

In Mannheim bei W. Behrens, Coiffeur. In Heidelberg bei Jean Blum, Coiffeur.

U.270. Karlsruhe.

Geschäftsöffnung und Empfehlung.

Wir beehren uns, hiermit anzuzeigen, dass wir auf diesem Plage eine Metallgießerei und galvanoplastische Anstalt unter der Firma Nerlinger & Seneca

errichtet haben.

Wir empfehlen uns zu geneigten Aufträgen auf alle in unser Fach einschlagende Artikel und sichern denselben reelle und prompte Ausführung zu.

Karlsruhe, im August 1859.

August Nerlinger, Ferdinand Seneca.

U.135. Stuttgart.

Frequenter Gasthof mit Post feil.

Ein sehr frequenter, altberühmter Gasthof, ohne Konturrenz, mit oder ohne Postkutsch, aufs beste eingerichtet, in einer der gewerksamsten Städte Süddeutschlands, an der Eisenbahn und den lebhaftesten Landstrassen gelegen, wird wegen Familienverhältnissen zu verkaufen gesucht.

Preis und Zahlungsbedingungen werden billig gestellt. Anträge vermittelt.

Friedrich Winter, Eberh.-Strasse 71.

U.256. Ein in Rechts- und Administrations-Geschäften...

Ein in Rechts- und Administrations-Geschäften, sowie im Rechnungswesen gut erfahrener, sehr solider Mann wünscht Beschäftigung als Vermögensverwalter, Rentbeamter, Sekretär, Kassier, Intendant, Schlossermeister etc.

Da derselbe nicht einzig auf seinen Verdienst beschränkt ist, so könnte er auch geeignete Dienstleistungen ganz billig, ja auch gegen den Genuss anständiger Wohnung und einiger Naturalien, übernehmen.

Kautions- und jede Garantie kann geleistet werden. Entsprechende Anträge beliebe man unter Adresse A. Z. Nr. 3 poste restante Karlsruhe einzusenden.

U.211. Fabr.

Weinversteigerung.

Witthod den 17. August d. J. löst Unterzeichnete Vormittags 10 Uhr in seiner Bewandlung 3 bis 400 Dm verschiedene Sorten 1858er Landweine, dann 16 Dm Kitzingerberger, 20 Dm Klevner und 20 Dm Weißerbst, seines Durbader 1858er Gewächs, in beträchtlichem Quantum öffentlich versteigern; wozu einladet.

Kabr, den 2. August 1859.

Friedr. Buderer, Gastwirth zum Apfel.

U.356. Durlach.

Jahrmärkte.

Vom nächsten Kirchweihmarkt an werden die Standplätze der Verkäufer jenseits auf ein Jahr durch öffentliche Steigerung in Verkauf gegeben.

Es werden daher die Pächterhaber eingeladen, spätestens Dienstag den 16. August, Vormittags 8 Uhr, hier auf dem Marktplatz zu erscheinen und der Steigerung anzuwohnen.

Durlach, den 1. August 1859.

Der Gemeinderath. Watter. Steig.

U.355. Nr. 9400. Karlsruhe.

Fahrnisversteigerung u. Schuldenliquidation.

In der Erbteilungsache der Zimmerhalter Michael Perzer's Witwe, Barbara, geb. Erhard, bapier, werden

Mittwoch den 10. d. M., 9 Uhr Vormittags, in der Wohnung der Erblasserin, Perzentstraße Nr. 50, im Hinterhaus, die hinterlassenen Fahrnisse, als: Schreibwert, Bett- und Weisszeug, Frauenkleider, Manneskleider und allerlei Hausrath gegen gleich baare Zahlung versteigert.

Zugleich werden diejenigen, welche Ansprüche an die Erbmasse zu machen haben, aufgefordert, solche in der Tagfahrt an genanntem Orte zu liquidiren, widrigenfalls sie bei Vertheilung und Ausfolgung der Masse ins Ausland nicht berücksichtigt werden könnten.

Karlsruhe, den 4. August 1859.

G. Gerhart, vdt. Müller.

U.361. Nr. 7182. Breisach.

Breisach. (Aufforderung und Handlung.) Luise Mehl von Perthes, Amis Lorrad, ist angeheiratet, der Karoline Knobloch von hier 1 einen vierzigjährigen Sommerhaus von Wollenschaff mit grünem Grund und bunten Blumen darauf, meist in roth und grünen Farben, fast ganz neu und 2 fl. werth; 2) einen wolkigen Winterdamm mit schwarzem Grund und bunten, meist rothen Blumen darauf und schwarzen Ranken, noch fast neu und 4 fl. werth; 3) ein Paar schwarze Zeugstiefel, 2 fl. 30 kr. werth; 4) zwei alte reifene Frauenhemden, von denen die Beschaffenheit nicht bestimmt sagen kann, ob sie mit K. K. roth gefärbt waren oder nicht, je 42 kr. werth; 5) einen schwarzen Dreiecksperfer; der Spenser ist neuer als der Rest, und letzterer daran kenntlich, dass oben ungefähr 3 Finger breit ein Stück Dr...

Frankf. Börsenzettel nach dem Kursblatte des Wechselmakler-Syndik. Freitag, 5. Aug.

Table with columns for Staatspapiere, Anlehens-Loose, Wechsel-Kurse, and Diverse Aktien. Includes entries for Oesterr., Bayer., Preuss., and various bank and government securities.

Druck und Verlag der G. Braun'schen Postbuchdruckerei.

franz angefertigt ist, auf 4 fl. werth; 6) ungefähr 3 Paar baumwollene, theils weisse, theils blaue, noch ganz gute Strümpfe, das Paar 24 fr. werth, entwerfen und sich sofort von hier entfernt zu haben. Diefelbe wird hiermit aufgefordert, sich binnen 14 Tagen darüber zu stellen, widrigenfalls nach dem Ergebnis der Untersuchung das Erkenntniss gefällt werden wird. Zugleich erlauchen wir die Polizeibehörden, auf die Angeklagte zu fahnden und sie im Betreffungsfall mit Laufpaß dorthin zu weisen. Breisach, den 2. August 1859. Großh. bad. Amtsgericht, v. Vincenti.

U.360. Nr. 6393. Eitenheim. (Aufforderung und Handlung.) Am 25. Juli d. J. wurden dem Ferdinand Diebler von Münstertal 103 oder 110 fl. Geld aus einer unverhofften Kommode in einem unverhofften Zimmer im zweiten Stocke entwendet. Das Geld bestand in folgenden Sorten: 5 Kronenthaler, 1 Zwanziger, ein 2 1/2-Guldenstück, ein Maria-Theresia-Dukater, mehrere preussische Dukater, ein 20- und ein 10-Frankenstück in Gold, mehrere 5-Frankenstücke, mehrere Guldenstücke, mehrere Halb-Guldenstücke und verschiedene Münze.

Der Verdacht dieser Entwendung ruht auf Remesius Paumeffer aus dem Münstertal, dessen Signalement unten folgt, und welcher am 8. v. M. aus dem Lehrerseminar in Meersburg durchgegangen. Derselbe wird ammit aufgefordert, sich binnen 14 Tagen bei uns zu stellen und sich wegen des ihm zur Last gelegten Verbrechens zu rechtfertigen, als sonst das Erkenntniss nach Lage der Akten gefällt würde. Zugleich werden sämtliche Polizeibehörden erucht, auf ihn und das entwendete Geld zu fahnden und ihn im Betreffungsfall an uns abzuliefern.

Signalement:

Alter, 21 Jahre; Größe, 5 1/2; Statur, besetzt; Gesichtsfarbe, oal; Gesichtsfarbe, gesund; blaß; Haare, braun, lang; Augen, grau; Nase, stumpf; Mund, gewöhnlich; Kinn, rund; Zähne, gut; Bart, feinen; trägt eine blaue oder grüne Brille.

Eitenheim, den 4. August 1859.

Großh. bad. Amtsgericht.

Himmelspach, vdt. Senft, A. I.

U.364. Nr. 9204. Bruchsal.

(Aufforderung und Handlung.) Theresia Müller von hier ist der Entwendung von 13 Pfenden, zum Theil des Franz Staudacher und der Barbara Auer dahier, im Werth von 13 fl., und dann der Unterbringung eines Fembes und eines Paares Unterböden, zum Theil des Dragoners Sales Reichenbach, angeklagt, und hat sich der Unternehmung durch die Klacht entzogen. Diefelbe wird aufgefordert, sich binnen 3 Wochen darüber zu stellen, indem sonst nach dem Ergebnis der Untersuchung das Erkenntniss gefällt werden wird. Zugleich werden die betreffenden Behörden erucht, die Theresia Müller im Falle der Verurteilung zu verhaften und anher vorzuführen zu lassen.

Signalement der Müller: Alter, 24 Jahre; Größe, 5 4/4; Haare, blond.

Bruchsal, den 3. August 1859.

Großh. bad. Amtsgericht.

Dr. Schätt.

T.934. Nr. 11736. Mannheim. (Ausflugs-Erkennnis.)

Die Gattin des Gastwirths Johann Ding dahier betr.

Beschluß: Aufschlusserkennnis.

Dieserjenige Gläubiger, welche in der Liquidationstagsfahrt den 13. l. M. ihre Forderungen und Vorzugrechte an die Gattin des früheren Adreinschen Gastwirths J. Ding dahier nicht angemeldet haben, werden hiermit von der Masse ausgeschlossen.

M. R. B.

Mannheim, den 16. Juli 1859.

Großh. bad. Amtsgericht.

Chelius, vdt. Varentlau.

U.373. Nr. 3552. Karlsruhe. (Ererbte Gütervertheilung.)

Karl unterzeichnete Vertheilung ist eine mit 500 fl. jährlichem Gehalt dotirte Geschlechtsleibrente oder innerhalb eines Vierteljahrs mit einem im Steuererwaltungs- und Rechnungswesen gültigen Kameralpraktikanten oder Kameralassistenten wieder zu besetzen.

Die Perren Bewerber um diese Stelle werden hierdurch eingeladen, ihre Anmeldungen schriftlich hierher zu richten, dabei die Zeit anzugeben, wann sie die Stelle werden antreten können, und auch die in ihrem Besitze befindlichen Zeugnisse über ihre bisherigen dienstlichen Leistungen in Original oder beglaubigter Abschrift einzufenden.

Karlsruhe, den 3. August 1859.

Großh. Hauptsteueramt.